

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Jugendhilfeausschuss

Niederschrift

JHA/004/2020

der 04. Sitzung des Jugendhilfeausschusses - **öffentlicher Teil** - am Donnerstag, dem 05.12.2019, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

CDU/FDP-Fraktion

Greunke, Marcel
Tanzmann, Frank

Fraktion Alternative für Deutschland

Haustein, Silke

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Schenk, Katharina
Voos, Janek

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Fraktion DIE REGIONALEN

Rolle, Tina

beschließende Mitglieder JHA

Dorsch, Nikolaus, Dr.
Leibold, Anja-Maria
Schulze, Cornelia
Werner, Uwe

beratende Mitglieder

Fischer, Alexander
Friedrich, Anna-Luise
Jansen, Gloria
Leder, Lydia
Nebel, Carla
Nowosatko, Dirk
Paubandt, Patrick
Pilz, Alexander
Pohle, Robert
Strahlendorf, Andreas
Zippel, Ursula, Dr.

Fachdienstleiter

Just, Frank

Schriftführung

Hammermüller, Claudia

weitere Teilnehmer

Kittel, Antonia
Reuter, Jörg, OVZ

Entschuldigt:

CDU/FDP-Fraktion

Schaller, Henriette

Fraktion Alternative für Deutschland

Rudy, Thomas

beschließende Mitglieder JHA

Keiner, Dirk
Kriesche, Andreas

beratende Mitglieder

Abadia, Isabel
Fischer, Marion
Grimm, Sabine
Melzer, Uwe
Müller, Bärbel
Pöhler, Andreas
Trebus, Niklas

Unentschuldigt:

beratende Mitglieder

Degner, Julian
Eulenstein, Susann
Härtel, Sabine
Schmidt, Christoph

Vorsitz: Frank Tanzmann
Schrifführung: Claudia Hammermüller
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Tanzmann, eröffnet die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:

- 1 Informationen, Allgemeines
- 2 Anfragen an den Jugendhilfeausschuss
- 3 Landesinvestitionsprogramm "Kindertageseinrichtungen 2020" - Aufhebung des Beschlusses Nr. 13 vom 12.11.2019 und Neufassung

Drucksachen Nr.

V-JHA/0012/2019

TOP 1 Informationen, Allgemeines

Herr Tanzmann begrüßt Gloria Jansen, Robert Pohle und den Kitaalternsprecher Patrick Paubandt im Namen des Ausschusses und bittet um Vorstellung.

Herr Nowosatko verweist auf die aktuelle Pressemitteilung „1 Milliarde in 2018 für die Kinder- und Jugendhilfe Thüringen“ des Landesamtes für Statistik. In diesem Zusammenhang präsentiert er die Berichterstattung aus den Jugendämtern der Jahre 2015 bis 2018 von Thüringen, speziell für das Altenburger Land, Quelle: Gebet.

Herr Nowosatko informiert zum Bereich der Kindeswohlmeldungen. Frau Rolle möchte wissen, wieso andere LK mehr Schlagzahlen haben und ob dies an mehr Überprüfungen oder an weniger gefährdeten Kindern liegt. Herr Nowosatko antwortet, dass alle Meldungen überprüft werden müssen. Herr Just ergänzt, dass die Herangehensweise entscheidend ist. Das JA tritt an die Eltern heran und fordert sie auf, die Gefährdung abzustellen. Danach werden weitere Schritte besprochen und die Meldung als nicht gefährdend eingeschätzt. Falls die Situation nicht abgestellt werden kann, kommt es zur Gefährdung. Es kann sein, dass jedes Jugendamt dies anders händelt. Frau Friedrich fragt an, wieso die Kosten pro Einwohner im LK, entgegen dem Trend gesunken sind, obwohl die Ausgaben im HzE Bereich steigen. Herr Nowosatko antwortet, dass dies an Laufzeit bzw. Intensität der Hilfen liegen kann. Weiter möchte Frau Friedrich wissen, ob dies im Haushalt berücksichtigt wurde. Herr Nowosatko erläutert, dass es einen Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen gibt und falls der Bedarf fehlt, kommt es zum Nichtausschöpfen des Haushaltes. Es gab Maßnahmen, die dazu führten aber nicht aufgrund Kostensenkungsdruck. Die Anzahl der Hilfen lassen keine Rückschlüsse auf die Höhe der Kosten ziehen. Im Bereich EGH ist hervorzuheben, dass die LK mit den höchsten Fallzahlen alle zum Schulamtsbezirk Ostthüringen gehören. Herr Tanzmann dankt Herrn Nowosatko für die ausführliche Präsentation und bittet um Einstellung ins Session. Frau Friedrich hat noch eine Nachfrage, wie viele HzE Anträge abgelehnt werden und wie hoch die Anzahl der Anträge insgesamt sind. Herr Nowosatko antwortet, dass der Bedarf nicht weniger geworden ist, weil die Fallzahlen gesunken sind. Die Herangehensweise hat sich geändert. Im Vorfeld werden öfter Beratungen geführt und im familiären Umfeld mehr Ressourcen gesucht. Die Leistung der ASD Mitarbeiter ist nicht vergleichbar mit den Hilfen zur Erziehung. Die Kostenminimierung kann an weniger intensiveren Hilfen, an kürzeren Laufzeiten und erhöhter Passgenauigkeit der Hilfen liegen. Diese führen schneller zum Ziel und lassen die Eltern eher ohne Hilfen laufen. Frau Schenk möchte den Begriff komplexere Maßnahme erklärt haben. Herr Just versichert, dass die Ansprüche aktuell steigen und die Kinder häufiger diagnostizierte Störungen zeigen. Die Intensität der Betreuung hat sich geändert. Auch am Nachmittag muss mit Fachleistungsstunden die Betreuung sichergestellt werden. Zudem müssen sich die Träger auf komplexere Hilfen einstellen.

Herr Nowosatko informiert, dass der KT zur letzten Sitzung den Entwurf zum HH-Plan beschlossen hat. Ein Teil betraf die erhöhte Förderung des Landes im Bereich der Schulsozialarbeit. Es ist beabsichtigt, den Bereich auszubauen. Die Träger werden angeschrieben und zur Abgabe einer Interessensbekundung gebeten. Im Januar wird die Vorlage zur Abstimmung dem JHA vorgelegt. Der Beschluss hat 2020 Auswirkungen auf den Jugendförderplan, da die Mittel für dieses Jahr zur Verfügung stehen. Nach mündlicher Zusage durch das Land sollen die Gelder auch 2021 weiterfließen, aber da nichts Schriftliches vorliegt, soll es im Rahmen der Diskussion um den neuen Jugendförderplan besprochen werden, um eine mögliche Fortschreibung einzubauen. Der nächste UA zum Jugendförderplan findet am 14.01.2020 statt.

Herr Tanzmann informiert über die Stelle zur Suchtprävention, die im Februar 2020 wiederbesetzt werden soll.

TOP 2 Anfragen an den Jugendhilfeausschuss

Frau Friedrich fragt nach, ob Ideen vorliegen, wie mit diversen Jugendcliquen umgegangen werden kann, welche nicht zur Schule gehen, Drogen nehmen und Straftaten begehen. Der Justiz und dem JA fehlen die entsprechenden Maßnahmen. Auch die Schulen melden zu spät, wenn Fehlzeiten vorliegen. Es handelt sich überwiegend um Kinder aus Altenburg. Herr Just geht auf das Thema ein. Gemeinsam mit dem Schulamt wird es einen Termin zur Schuldistanz geben, dabei wird es Abstimmungen geben. Mit Frau Fischer hat es bereits Beratungen gegeben. Polizei und Streetworkern ist bekannt, wo sich die Jugendlichen aufhalten. Der Trend ist, dass sie sich neue Plätze suchen. Aber auch hier geht man hinterher. So wird verhindert, dass die Gruppen größer werden. An der Kerngruppe ist man dran, um mit ihnen zu arbeiten.

Herr Voos möchte die Arbeit nicht anzweifeln, aber momentan spielt sich in seinem Bereich ein anderes Bild ab. Sie stellen fest, dass die Betreffenden nicht von Streetworkern betreut werden und die Plätze nicht verlassen werden. Es stellt sich die Frage, wo sind die Streetworker. Frau Friedrich sieht in den Streetworkern, speziell in Herrn Gründer (Level 3), eine Chance. Eine Beschleunigung des OWI Verfahrens könnte auch eine Möglichkeit sein. Die Polizei weiß Bescheid, können die Kinder aber nur nach Hause fahren. Die Justiz könnte schneller sein, aber im niederschweligen sozialen Bereich müsste es etwas geben, was die Jugendlichen „abholt“. Herr Melzer geht auf den Kriminalpräventiven Rat ein. Die Stellen der Jugendlichen sind bekannt. Die Fehltage in den Schulen werden zu spät bekannt, es sollte eine bessere Zusammenarbeit geben. Frau Friedrich sieht das Problem nicht in der Kriminalprävention, es sind Kinder, die man nicht mehr erreicht. Frau Rolle möchte eine bessere Vernetzung der zuständigen Stellen erreichen. Herr Fischer fragt nach, ob sich die Stelle der Horizonte auf den gesamten LK bezieht und wie sie angenommen wurde. Herr Tanzmann bestätigt diese Fragen. Herr Nowosatko macht auf den neugeschaffenen sozialpsychiatrischen Verbund aufmerksam. Dieser ist dabei, ein Konzept im Bereich der Suchtprävention für jedes Alter und jede Zielgruppe zu entwickeln. Dabei überblicken sie Angebote, die es schon gibt und welche fehlen. Federführend ist die Suchtberatungsstelle der Horizonte. Herr Voos hat eine Rückfrage zum Verteilsystem der neuen SSA, aus der Vergangenheit weiß er, dass die Schulleitung vom Friedrichgymnasium keinen Bedarf sieht. Herr Nowosatko weist darauf hin, dass es keine Unterschiede bei Schulform oder Ort gibt. Im Januar wird eine Prioritätenliste verabschiedet, welche dafür sorgt, weitere Schulen mit SSA zu versorgen. Herr Hummel geht auf eine Drogenrazzia ein, der Fall sei jahrelang bekannt gewesen. Er fragt, ob das Jugendamt informiert wurde und welche Regelung es generell gibt. Herr Just geht auf das Meldeverfahren ein, die Zusammenarbeit mit der PI läuft generell gut. Ausnahmen können passieren. Es kann sein, dass die PI eine Maßnahme ergriffen hat, die den Schutz des Kindes gewährleistet hat. Im Nachhinein werden Einsatzprotokolle zugestellt. Herr Greunke macht den Vorschlag, im ersten Quartal des n. J. einen runden Tisch zu organisieren. Herr Just bestätigt, dass es eine Auftaktveranstaltung gegeben hat. Im nächsten Jahr ist geplant, engstrukturiert runde Tische laufen zu lassen. Mit der PI ist man an einer Kooperationsvereinbarung dran. In Thüringen gibt es keinen vergleichbaren Fall. Herr Tanzmann beauftragt, anonymisierte Beispiele zu erhalten, in denen das Vorgehen nachvollzogen werden kann. Frau Eißing stellt den Antrag, dass die Streetworker der Sozialräume zum nächsten JHA erscheinen mögen und die Diskussion gemeinsam weitergeführt werden sollte. Herr Nowosatka erklärt, dass aktuell der Jugendförderplan evaluiert wird. Es muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass die Sozialarbeit keine Ordnungsbehörde ist. Die Streetworker vorzuladen, wäre ein falscher Weg. Dies muss auf fachlicher Ebene vorbesprochen werden. Und dies passiert in Vorbereitung des neuen Jugendförderplans. Die Themen werden aufgegriffen, vor allem mit Hintergrund auf den Kinderschutz. Herr Werner be-

stätigt die Aussagen von Herrn Nowosatko. Herr Werner ergänzt, dass momentan die Qualitätsgespräche mit Verwaltung und freien Trägern stattfinden. Es gab in der Vergangenheit Probleme die Stellen zu besetzen. Die Gespräche sollten vorerst abgewartet werden. Herr Voos möchte eine Abstimmung. Dr. Dorsch wird den Antrag nicht unterstützen, da man als Arbeitsgeber die Mitarbeiter schützen muss. Diese Gespräche gehören eigentlich in den UA. Auch Herr Greunke möchte der Verwaltung nicht vorgreifen und die Vorbereitung des Jugendförderplanes abwarten.

Herr Tanzmann formuliert den Antrag, die Streetworker der Sozialräume zum Gespräch einzuladen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

V-JHA/0012/2019

TOP 3 Landesinvestitionsprogramm "Kindertageseinrichtungen 2020" - Aufhebung des Beschlusses Nr. 13 vom 12.11.2019 und Neufassung

Herr Nowosatko stellt den TOP vor und geht auf das Wichtigste ein.

Frau Schenk möchte wissen, ob mit der Gemeinde Fockendorf Rücksprache gehalten wurde, weshalb der Zeitungsartikel der Gemeinde Langenleuba-Ndh. zur Vorlage beigefügt wurde und woher man weiß, dass die Kitas erst ab einer bestimmten Fördersumme bauen können. Herr Nowosatko antwortet, dass der Zeitungsartikel Bestandteil der Stellungnahme der Gemeinde Treben ist. Er führt fort, dass im ersten Durchgang die beiden Kitas, aufgrund der beschlossenen Bewertungsmatrix, priorisiert wurden. Und daher steht Treben immer noch auf Platz 1. Herr Nowosatko möchte im öffentlichen Teil des Ausschusses keine internen Sachverhalte aus der Gemeinde Fockendorf wiedergeben. Die Fragen sollten an den dortigen Bürgermeister gestellt werden. Herr Melzer bemerkt, dass Herr Jähmig aufgrund der Überschrift der Zeitung der Überzeugung war, der Kiga sollte geschlossen werden. Dem wollte er widersprechen. Die Gemeinde steht in der Haushaltskonsolidierung und hat einen weiteren Antrag auf Förderung gestellt. Die Bewilligung kam am Tag des JHA. Darauf wurde der Antrag zurückgezogen. Dies war am Abend jedoch noch nicht bekannt. Herr Dr. Dorsch macht deutlich, dass dies alles Vergangenheit ist und dass das Geld ausgegeben werden soll. Mancher Träger ist auch mit 22 % in der Lage zu bauen. Er möchte wissen, ob über die Prioritätenliste noch einmal abgestimmt werden muss. Herr Nowosatko stimmt dem zu, durch die Rückzüge hat sich die Prioritätenliste geändert.

Herr Melzer plädiert für eine möglichst hohe Förderung, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Es sollte nicht mit der Gießkanne verteilt werden.

Herr Tanzmann verweist auf Beschlüsse aus dem Jahr 2017 zu Kita-Investitionen. Damals ging es um mehr Geld, heute wird über viel weniger mit einer höheren Intension diskutiert. Laut Regierung soll es ab 2021 keine Investitionen mehr geben. Treben hatte damals keine Chance auf eine Förderung. In den vergangenen Jahren wurde immer gleichbleibend verfahren und beschlossen. Frau Rolle fehlt auf der Liste der Träger und der Hinweis, ob die Maßnahme bei geringer Förderung umgesetzt werden kann. Herr Nowosatko findet die Angaben zum Träger irrelevant. Durch die Bewertungsmatrix ergibt sich eine Prioritätenliste. Aufgrund dessen ergibt sich ein Beschlussvorschlag. Das gerechtere Verteilen im ländlichen Raum kommt in der Richtlinie nicht vor. Herr Greunke macht deutlich, dass die Bewertungsmatrix durch den JHA beschlossen wurde und der Beschlussvorlage nur zugestimmt werden kann. Politisch gesehen sind 173.000 € lächerlich. Es sollte bei den zuständigen Stellen mehr Druck ausgeübt werden, in der nächsten Legislaturperiode mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Herr Tanzmann verweist auf eine gute Vorberatung, mit allen Mitgliedern im Unterausschuss, um

im JHA auf ein gutes Ergebnis zu kommen. Frau Schulze erklärt sich bei der Abstimmung als Befangen.

Beschluss Nr. 14:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 13 vom 12.11.2019 zur Vorlage V-JHA/0011/2019.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Prioritätenliste zum Landesinvestitionsprogramm „Kindertageseinrichtungen“ 2020 gemäß Anlage 1.

Die auf der Prioritätenliste aufgeführten Vorhaben sollen dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gemäß der auf Anlage 3 (Alternative B) ersichtlichen Höhe zur Förderung empfohlen werden.

Sollten Anträge, die dieser Beschluss zur Förderung empfiehlt, zurückgezogen werden, empfiehlt der Jugendhilfeausschuss die nachfolgenden Plätze in Reihenfolge der Prioritätenliste bis zum Platz 5 zur Förderung.

Aufgrund unverbrauchter Mittel kann eine erhöhte Förderquote für bereits berücksichtigte Vorhaben empfohlen werden.“

Abstimmungsergebnis:

Von den 15 beschließenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses waren zur Abstimmung 12 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss zum Punkt 1 wurde einstimmig mit 12 Ja-Stimmen gefasst.

Der Beschluss zum Punkt 2 wurde mit 10 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gefasst.

Altenburg, den 20.01.2020

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Frank Tanzmann
Ausschussvorsitzender

Claudia Hammermüller
Fachbereich 2